

Bezugspreis: Vom 7.-13. Oktober 42 Millionen Mk. vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband vom 7.-13. Oktober für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 60 Millionen für das übrige Ausland 92 Millionen. Postbezugpreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Reimwelt“ und der Beilage „Stellung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 10. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

#### Kunzeigen-Grundpreise:

Die einipaltige Kompositionelle 400 Mark, Refanzelle 2000 Mark. „Kleine Kunzeigen“ das jetzige Drucke Wort 120 M. (außer zwei jetzige Drucke Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellenpreise das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 20 M. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl jeweils 100 000.

Kunzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Treu zur Partei!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig folgenden

### Aufruf an die Parteigenossen:

Die Krise, die durch den reaktionären Vorstoß gegen den Fortbestand der großen Koalition eingeleitet war, hat auch die sozialdemokratische Fraktion vor eine besonders schwierige Situation gestellt. In der Beurteilung des Ernstes der Lage war die Fraktion völlig einig. Die Ruhr-Diktatur in Bayern bestärkte alle reaktionären Kreise in Deutschland in der Meinung, daß jetzt ihre Stunde gekommen sei. An Stelle des drohenden Konflikts mit Bayern forderten sie die Unterstützung Rohrs durch eine rechtsgerichtete Reichsregierung; an Stelle einer dem wirklichen Stärkeverhältnis Rechnung tragenden Außenpolitik wollten sie den Bruch mit Frankreich, um den verstärkten Nationalismus in den Dienst ihrer reaktionären Bestrebungen zu stellen und um zugleich die deutschnationale Partei an Stelle der Sozialdemokratie zur Teilhaberin an der Regierungsmacht zu machen. Im Innern aber wollte die Schwerindustrie im Bunde mit der Großlandwirtschaft die so geschaffene Situation dazu ausnützen, alle sozialpolitischen Errungenschaften der deutschen Arbeiterklasse zu vernichten, insbesondere den Achtstundentag und die Reste der Zwangswirtschaft zu beseitigen.

### Ein trockener Rechtsputsch

war im Gange, die Ausschaltung des Parlaments, die Aufrichtung einer Rechtsdiktatur gegen die deutsche Arbeiterklasse war das Ziel. Geleitet war die Aktion von den Schwerindustriellen Vertretern in der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sie fand ihre Unterstützung in dem Teile der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der noch immer unter dem Einfluß Siegerwands steht.

Der parlamentarische Vorstoß wurde begleitet und unterstützt durch Rechtsputsche außerhalb des Parlaments. Die Ereignisse von Rüstern waren nur eine Teilerscheinung einer viel größer angelegten Aktion, die auf gewaltsamen Wegen die Rechtsdiktatur zu erreichen suchte.

Angesichts dieser Tatsachen mußte die Taktik der Fraktion entschieden werden. Einig waren sich alle Sozialdemokraten darin, daß an dem Grundgeden des Achtstundentages nicht gerüttelt werden dürfe. Denn das wäre eine Belastung gewesen, die weder die Partei noch die Gewerkschaften hätten verantworten können. Die Meinungen gingen darüber auseinander, wie am besten der Angriff der Reaktion auf die politischen und sozialpolitischen Positionen der Arbeiterklasse abgewehrt werden könne.

Ein Teil der Fraktion ging bei seiner ablehnenden Stellungnahme davon aus, daß der brutale Vorstoß der Deutschen Volkspartei, die Sozialisten aus der Regierung zu verdrängen oder aber sie unter das Diktat des Schwerkapitals zu beugen, mehr als ein zufälliges Partikularer sei. Vielmehr handele es sich darum, die bereits in den vorausgegangenen Wochen von den Wirtschaftsverbänden angeführten Maßnahmen zum Abbau der letzten noch verbliebenen sozialen Errungenschaften nunmehr auf dem Wege der Aufrichtung einer kapitalistischen Diktatur zu verwirklichen. Gegenüber diesem offenen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse durch ihre ausgesprochenen Klassengegner könne es kein Ausweichen, auch keinen nochmaligen Ueberbrückungsveruch geben, da dieses Vorgehen seinen Grund nicht in der Eigenwilligkeit einzelner Persönlichkeiten habe, sondern in der ökonomischen Entwicklung, der Zuspitzung der Klassengegensätze und der hieraus zwangsmäßig sich ergebenden Notwendigkeit, den Konflikt auszutragen.

Dieser Teil hielt an der Auffassung, in dieser Situation nicht wieder mit dem Klassengegner zu paktieren, auch dann unverändert fest, als Teile der Demokratischen und der Zentrumsparthei im Verlaufe der Kabinettskrise erneut versuchten, die Sozialdemokratie — ohne deren Zustimmung die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes unmöglich gewesen wäre — wieder für die Koalition mit der Volkspartei zu gewinnen.

Er glaubte, daß es keinerlei Zurückweichen vor der Deutschen Volkspartei geben dürfe, die insbesondere die Befestigung des sozialistischen Reichsfinanzministers, die Errichtung einer Diktatur durch Zustimmung zu einem Ermächtigungsgesetz auf finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet und die Suspendierung des Achtstundentages forderte. Auch die Vereinbarung, wonach der achtstündige Normarbeitslohn bestehen bliebe, jedoch durch gesetzliche und tarifliche Ausnahmen verlängert werden soll, müsse für die Sozialdemokratie unannehmbar sein.

Er betrachtete die Ausschaltung der Demokratie als die stärkste Gefährdung der Republik, zumal die politische Diktatur zusammenfällt mit der

### Verhängung des militärischen Belagerungszustandes.

Aber auch dieser Teil der Fraktion erkannte an, daß die Fraktionsmehrheit glaube, durch ihren Beschluß den drohenden Bürgerkrieg verhindern zu müssen. Da aber die Bourgeoisie zum Bürgerkrieg voll gerüstet sei und ihn nur zurückstelle, so lange sie durch die Nachgiebigkeit proletarischer Parteien ihre Klassenziele kampflos erreichen könne, war die Minderheit

der Auffassung, daß der Beschluß der Mehrheit nur eine scheinende Krise schaffe und den Zeitpunkt des Austrags zumgunsten des Proletariats hinausschiebe.

Der andere Teil der Fraktion machte gegenüber diesen schwerwiegenden Gründen folgende Auffassung geltend: Eine völlig ablehnende Haltung der Sozialdemokratie würde eine Rechtsregierung, die in kürzester Zeit in eine Rechtsdiktatur sich umwandeln müßte, zur Notwendigkeit machen. Dadurch würde auch die Position der Partei in den Ländern sehr stark gefährdet.

### Die Reichswehr

habe sich in der gegenwärtigen Situation als loyal in den Händen einer verfassungsmäßigen Regierung erwiesen. Es sei aber kein Zweifel, daß eine Rechtsregierung die Reichswehr für ihre Zwecke erst recht zur Verfügung haben würde. Nur durch die wachsame Tätigkeit des preussischen Innenministers Severing seien gewaltsame reaktionäre Erhebungen vereitelt worden. Aber diese Tätigkeit würde völlig gelähmt unter der Herrschaft einer Rechtsregierung im Reich. Was aber diese für die Arbeiterklasse bedeute, zeige die Diktatur Ruhr in Bayern. Es sei auch kein Zweifel, daß die Stellung der Arbeiterklasse im Kampfe um ihre sozialpolitischen Interessen außerordentlich verschlechtert würde. Die Kontrolle der Reichsregierung durch sozialistische Minister verringere deshalb die unüberwindlichen Gefahren der politischen und sozialpolitischen Reaktion.

### Außenpolitik

würde aber die Rechtsregierung die letzten Möglichkeiten beseitigen, zu einem erträglichen Verhältnis zu kommen. Dadurch aber würden auch innerpolitische Zustände herbeigeführt werden, die noch nie dagewesenes Elend über die deutsche Arbeiterklasse verhängen würden.

Da das Arbeitszeitgesetz und die Renden aus der sozialen Versicherung aus dem Ermächtigungsgesetz herausgenommen, die grundsätzliche Aufrechterhaltung des Achtstundentages entgegen der ursprünglichen Forderung der Deutschen Volkspartei zugestanden sei, so sei das Ermächtigungsgesetz erträglich. Bei dem Ausnahmezustand handele es sich aber um einen Rechtskonflikt zwischen Bayern und dem Reich. Dieser könne nicht durch eine parlamentarische Abstimmung entschieden werden. Gerade wenn die Reichsautorität gegen Bayern behauptet werden solle, sei es erforderlich, daß sozialistische Minister im Kabinett bleiben.

Diese letzte Auffassung erhielt in der Fraktion die Majorität. Die Minderheit blieb demgegenüber auf dem Standpunkt, daß ihre Politik mit größerer Klarheit dem Proletariat die herausziehenden Gefahren vergegenwärtige und deshalb die Abwehrkraft stärke. Demgegenüber worte die Majorität vor Diskussionen über das Kräfteverhältnis der Klassen, besonders während der Zeit der schweren industriellen Krise. Die Anteilnahme an der Regierung gewähre eine Möglichkeit.

### den drohenden Bürgerkrieg zu verhindern.

Von allen Seiten wurde betont, daß kaum je die Fraktion einer schwierigeren Entscheidung gegenübergestanden habe als diesmal. Mehrheit und Minderheit waren sich einig in der Erkenntnis, daß der Partei und den Gewerkschaften die schwersten Kämpfe bevorstehen. Sollen wir diese erfolgreich bestehen, so bedarf es ungeachtet der herrschenden Meinungsverschiedenheiten der höchsten Geschlossenheit und Schlagkraft der Organisation. Darum fordert die Fraktion einmütig alle Parteigenossen auf, treu zur Partei zu stehen, sich im kameradschaftlichen Zusammenstehen auf die schweren Aufgaben der nahen Zukunft vorzubereiten und mit aller Energie an einer Erstarbung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und an der Verbreitung unserer Presse zu arbeiten.

Berlin, den 9. Oktober 1923.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Das Ermächtigungsgesetz angenommen.

### Dritte Lesung am Donnerstag.

Der Reichstag hat um 11 Uhr abends das Ermächtigungsgesetz in zweiter Lesung angenommen. Abgelehnt wurde der sozialdemokratische Antrag, der die Leistungen aus der Erwerbslosenfürsorge schlechthin aus dem Rahmen des Ermächtigungsgesetzes ausnehmen wollte. Dagegen wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der diese Herausnahme nur für die Leistungen aus der Erwerbslosenversicherung vorsieht.

Auf Widerspruch der Kommunisten, dem die Deutschnationalen zustimmten, mußte die dritte Lesung des Gesetzes auf Donnerstag verlagert werden. Man will durch diese Verschiebung offensichtlich die notwendige Zweidrittelmehrheit für das Gesetz gefährden.

Dollar in New York: 1428 Millionen G., 1250 Millionen B.

## Die Stinnes-Legende.

Hugo Stinnes sucht in seinem Briefe an die „D. A. Z.“, den wir bereits im Abendblatt kurz behandelt haben, den Anschein zu erwecken, als ob alle gegen ihn gerichteten Angriffe wegen seiner dunklen Treibereien gegen den Bestand der Republik nur eine „Legende“ sind.

Aber es handelt sich bei diesen Dingen durchaus nicht um eine Legende. Es handelt sich vielmehr um klare und nicht hinwegzuleugnende Tatsachen, die durch den Verschleierungsversuch des Herrn Stinnes nur noch bekräftigt werden. Diese Tatsachen sind zunächst folgende:

1. Herr Stinnes hat nach seinen eigenen Ausführungen bereits am Sonntag der ersten Kabinettsbildung der großen Koalition, also bereits vor sieben Wochen, den Reichskanzler auf den Weg eines gegen die deutsche Arbeiterklasse gerichteten Vorstoßes gegen den Achtstundentag zu drängen gesucht.
2. Seine Presse — die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ — hat in der Öffentlichkeit den ersten journalistischen Vorstoß gegen den Achtstundentag unternommen.
3. Er hat die Zechenbesitzer des besetzten Gebietes mobil gemacht und sie auf folgende Forderungen festgelegt: Arbeitszeitverlängerung und Lohnruhr, Abschaffung der Kohlensteuer, Abschaffung der Betriebssteuer, die er im August selbst vorgezeichnet hat, während der Ruhrbesetzung aber nicht zu entrichten brauchte.
4. Er hat gleichzeitig, da von der ersten Regierung Stresemann in ihrer personellen Zusammensetzung ein Nachgeben gegen diese Forderungen nicht zu erwarten war, die politisch unruhigen Verhältnisse in Deutschland und die besonderen Verhältnisse in der Deutschen Volkspartei ausgenutzt, um eine Regierungskrise herbeizuführen, an deren Ende nicht nur eine ihm genehme Regierung, sondern auch eine Umwandlung der deutschen Verfassungs- und Rechtsverhältnisse im Sinne des schlimmsten Scharfmachertums stehen soll.

Dieser Vorstoß fiel zeitlich mit den Vorbereitungen der bayerischen Putschisten und dem Vorstoß der bayerischen Regierung gegen das Reich zusammen, ebenso mit den Drohungen und dem Aufmarsch der rechtsradikalen Putschisten im Reich und der Bereitschaft der deutschnationalen Volkspartei zur Ausnutzung dieser konterrevolutionären Situation, die in der permanenten Lagung ihres Bereitschaftsausschusses zum Ausdruck kam. Alle diese Dinge sind nicht ohne Zusammenhang. Wir wollen nicht untersuchen, ob weitgehende politische Abreden zwischen Herrn Stinnes und der deutschnationalen Volkspartei stattgefunden haben. Soviel ist klar, Stinnes hat die nach der Aufhebung des passiven Widerstandes gegebene konterrevolutionäre Situation in Deutschland auszunutzen wollen, um entsprechend seinen privaten Wirtschaftsinteressen einen großen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse und gegen den Geist des sozialen Schutzes der Arbeiterklasse vorzunehmen. Er hat diesen Vorstoß zu einem politischen gemacht, da er auf anderem Wege nicht zum Ziele gelangen konnte.

Es ist sicher richtig, daß politische Konzeptionen für Herrn Stinnes nicht Selbstzweck sind, sondern bei ihm privatwirtschaftlich untergeordnet sind. Aber eben diese Tatsache macht sein Treiben so sehr gefährlich. Von seinen Anschauungen aus ordnet er seinen persönlichen Profitinteressen das Recht des Staates und des Parlamentes, die Hoheit und die Verfassung des Volkes unter. In einer Zeit, in der das Gefüge des Staates gelockert ist und die Autorität des Staates nach innen und außen geschwächt ist, nützt er diese Schwäche des Staates aus, um die Grundlagen des staatlichen Lebens vollkommen zu untergraben. Diese Gefahr des Stinneschen Auftretens tritt am klarsten hervor bei den Verhandlungen, die er mit dem General Degoutte geführt hat. Was war ihm bei diesen Verhandlungen das Deutsche Reich? Er hat sich weder um die Interessen des Reiches, noch um das in Deutschland geltende Recht gekümmert, er hat vielmehr versucht, mit den grimmigsten Gegnern des Reiches zu konspirieren gegen das geltende Recht in Deutschland in sozialen Dingen, er hat mit Hilfe der französischen Bajonette die deutschen Arbeiter unter die Diktatur eines industriellen Scharfmachertums unterwerfen wollen, von der sie sich in langen sozialen und politischen Kämpfen befreit hat. Er hat, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob er vielleicht eingeleitete offizielle Schritte der deutschen Außenpolitik durchkreuzt oder empfindlich stört, über Fragen zu verhandeln gesucht, die allein in der Kompetenz des Reiches liegen. Er hat verhandeln wollen, als wäre er bereits Diktator in Deutschland. Dieses Vorgehen ist ebenso verwerflich wie das Vorgehen des Herrn Otto Wolff, der den Phönix-Vertrag mit General Degoutte abgeschlossen hat, in dem deutsche Steuerforderungen an den Phönix-Konzern ohne Zustimmung des Reiches an Frankreich verschahert werden und künftigen Reparationsverhandlungen vorgegriffen wird. Im Falle Otto Wolff wird sehr ernstlich nachgeprüft werden müssen, ob dies eigenmächtige Vorgehen nicht den juristischen Tatbestand des Landesverrats erfüllt. Herr Wolff muß zur Rechenschaft gezogen werden. Wirtschaftlich besitzt das Reich in den Beziehungen seines Konzerns zum unbefestigten Gebiet Druckmittel genug, falls es den Leitern dieses Konzerns einfallen sollte, den militärischen Schutz des Generals Degoutte gegen das Reich anzurufen.



## Die neue Markpanik.

Auch ein politisches Manöver?

Während in der bürgerlichen Presse von ernst zu nehmender Seite Nachrichten verbreitet werden, wonach amerikanische Banken unter gewissen Voraussetzungen bereit wären, sich an der deutschen Währungsbank zu beteiligen und wonach auch mit anderen ausländischen Kreisen ausichtsreiche Verhandlungen gepflogen werden, um Valutakredite für die deutsche Industrie zu erhalten, steigt der Dollar und steigen die Warenpreise in einem bisher noch nicht dagewesenen Tempo. Die geistige amtliche Dollarnotierung in Berlin wurde durch die Zuteilung der Reichsbank noch niedriger gehalten, als es den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Im freien Verkehr wurden bereits Kurse genannt, die um 2 Milliarden Mark für den Dollar herum lagen. Bei den Warenpreisen des Kleinhandels ist es schon so weit, daß sie sich fast täglich verdoppeln. Eine geradezu entsetzliche Not lastet auf allen, die auf die Papiermark angewiesen sind, neben den Unterstützungsberechtigten auch auf allen Arbeitnehmern.

Ueber die Gründe der panikartigen Dollarhaufe ist man sich selbst in sonst eingeweihten Kreisen nicht klar. Betrachtet man sie jedoch im Zusammenhang mit den politischen Vorgängen, so muß es auffallen, daß sie eingetreten ist zu einer Zeit, nachdem Schwerindustrie und Großlandwirtschaft sich im Kampfe um die Regierungsbildung eine empfindliche Niederlage geholt haben. Selbst die stetige Zunahme des Notenumlaufes kann nicht erklären, woher die riesigen Mittel stammen, die zum Kauf der gewaltig in die Höhe geschraubten fremden Zahlungsmittel verwendet werden. Es scheint, daß wieder einmal die Generaloffensive des Unternehmens gegen die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft jetzt auch mit ökonomischen Mitteln fortgesetzt werden soll. Man braucht in diesen Kreisen den Hunger der breiten Massen, um sie ihrem Willen gefügiger zu machen.

Unter diesen Umständen ist es Pflicht der Reichsregierung, dem Spiel mit der Mark ein verhärtetes Augenmerk zuzuwenden. Es erscheint dringend geboten, daß die Versuche zur Schaffung einer neuen Währung auf das äußerste beschleunigt werden. Vor allem aber muß man danach streben, aus der Wirtschaft größere Devisenbeträge herauszuziehen, um damit den Kurs der Mark zu stützen. Wenn jetzt eine neue Verordnung die Devisenablieferungspflicht der Exporteure weiter auf 30 Proz. des Rechnungsbetrages festsetzt, so bedarf dieser Satz bei der gegenwärtigen Devisennot des Reiches unbedingt der Erhöhung. Es muß unter allen Umständen und mit allen Mitteln danach gestrebt werden, den neuen Ansturm gegen die Mark aufzuhalten, soll nicht das rapide Fortschreiten der Teuerung zu den schwersten wirtschaftlichen und sozialen Erschütterungen führen.

## Deutscher Schritt in Paris und Brüssel.

Brüssel, 9. Oktober. (WLB.) Die Agence Belge meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte heute vormittag eine Unterredung mit dem Minister des Aeußern Jaspars, dem er mitgeteilt haben soll, das Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Reparationskonto Kohlen zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zusammenritt von deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Regelung der Frage. Jaspars soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen bereiten Industrien versprechen, daß es diese bezahlen werde, und ferner den deutschen Eisenbahnern befehlen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

In Paris wurde vom deutschen Geschäftsträger ein ähnlicher Schritt unternommen.

## Tirard über die Rhein-Ruhrfrage.

Die Eisenbahnen werden losgelöst.

Paris, 9. Oktober. (WLB.) Der französische Delegierte im Koblenz Tirard hat einem Sonderberichterstatter des „Eclair“ seine Gedanken über die Zukunft entwickelt. Er sagte, das Ruhrgebiet und das Rheinland seien unter dem passiven Widerstand nicht gleichmäßig behandelt worden und dies würde auch nicht angesichts der Einstellung des passiven Widerstandes der Fall sein. Das Ruhrgebiet sei ein neues Pfand, einestells sichergestellt durch alle (?) Militärs, die im Jahre 1920 Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt hätten, zum anderen sichergestellt in der Gesamtheit durch Frankreich und Belgien allein, während das Rheinland ein Pfand sei, das der Friedensvertrag sichere. Diese Unterscheidung habe Deutschland nicht gehindert, den passiven Widerstand, der im Ruhrgebiet entfaltet wurde, auch auf das Rheinland auszudehnen. Unter diesen Umständen verkenne man im Augenblick der Liquidierung des passiven Widerstandes nicht, daß Deutschland im Ruhrgebiet eine Kampfstrategie angewandt, im Rheinland dagegen sich einer Verfehlung gegen den Friedensvertrag schuldig gemacht habe.

(Anmerkung des WLB.: Der passive Widerstand am Rhein trat erst in Wirksamkeit, als Frankreich entgegen den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages dort gegen die deutschen Hoheitsrechte vorging. Der Vorwurf einer Verfehlung gegen den Friedensvertrag fällt daher auf Frankreich zurück.) Nach dem Berichterstatter benutzt Tirard offenbar dieses Argument, um eine zu rasche und allgemaine Lösung, die die deutsche Regierung wünsche, abzulehnen.

Tirard sagte ferner, er habe den Vertreter des Oberpräsidenten, der mit ihm über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln wollte, ebenförmig empfangen, wie den Vertreter der deutschen Eisenbahnergewerkschaft. Die Eisenbahner müßten einzeln kommen, denn höhere und mittlere Beamte gebe es überhaupt nicht mehr, sie seien gut (!) ersetzt und man brauche sie nicht mehr. Was die Eisenbahnen anbetrifft, so glaube er, daß der Betrieb auf alle Fälle den Deutschen nicht mehr übertragen werden dürfe. Im Vertrag von Versailles hätten sie die Eisenbahnen zwar behalten, aber sie hätten sie aufgegeben. Die Regie werde jedenfalls eines Tages in eine Gesellschaft umgewandelt, mit einer internationalen Verwaltung, deren Kapitalisten im Verhältnis zu den Reparationsanrechten stehen. Man dürfe nicht vergessen, daß die rheinischen Eisenbahnen die einzigen produktiven Deutschlands seien, also im Falle eines Versagens der deutschen Regierung eine wichtige Grundlage für die Reparationszahlungen bilden würden.

Nach Einstellung des passiven Widerstandes spreche man von Kontrolle. Es könne nicht einfach von Kontrolle die Rede sein, man müsse „Leitung“ sagen. Der zukünftige Betrieb erfordere keineswegs ein Abkommen mit dem Kohlenyndikat oder mit den großen

# Preußen und die Wirtschaftskrise.

Eine Rede des Ministerpräsidenten Braun.

Der Landtag trat gestern zu einer Sitzung zusammen. Am Ministertisch Braun, Am Jahnhoff, von Richter, Siering, Böhm, Hirtlefer.

Präsident Seiner eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 17 Minuten und macht Mitteilung von dem Ableben des Abg. Holz (Soz.), Wahlkreis Magdeburg, das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Erklärung des Ministerpräsidenten.

## Ministerpräsident Braun

— von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen empfangen: „Nieder die große Koalition! Der Reichshalter der Faschisten hat das Wort.“ — weist zunächst auf die Gründe hin, die zum Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr geführt haben und erklärt unter andauernden weiteren Unterbrechungen der Kommunisten, das deutsche Volk schulde dem Reichszankler Stresemann den größten Dank, daß er den Mut gefunden habe, die schwere Verantwortung für den Abbruch des Widerstandes auf sich zu nehmen. Das sei besonders der demagogischen Agitation gegenüber, die das Unglück des Landes zu politischer Verheerung mißbrauche, herbeizuführen. Auch der Rhein- und Ruhrbeobachtung sind wir, so fährt der Redner fort, zu großem Dank verpflichtet für ihr mutiges Ausbarren. Es ist unklar, daß wir die Gefangenen und Ausgewiesenen ihrem Schicksal überlassen wollen. (Erneute Unterbrechung bei den Kommunisten.) Niemals werden wir von unserer Forderung abstecken nach Befreiung der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen. Es ist bedauerlich, daß in dieser Stunde es hier Abgeordnete des Hauses für richtig halten, in ihrer turbulenten Art Standhalten zu insistieren. (Wiederholte Unterbrechungen und stürmische Zurufe bei den Kommunisten. — Abg. Schulz-Neudöln (Komm.) wird wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten zur Ordnung gerufen. Der Hinweis des Präsidenten Seiner den Kommunisten gegenüber, er werde bei weiteren Unterbrechungen sich gezwungen sehen, von den stärkeren Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen, wird mit Gelächern und lauten Aha-Rufen bei den Kommunisten aufgenommen.) Ministerpräsident Braun weist auf

## die schlimmen Folgen der Geldentwertung.

insbesondere hinsichtlich der Ernährung und der Zunahme der Arbeitslosigkeit, hin. Behörden und auch Private haben die Pflicht, helfend eingzugreifen. Die Staatsregierung hat sich bereits mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt, um die äußerste Not zu mildern. Soweit es angeht, werden auch Staatsmittel bereitgestellt werden müssen. Es kommt darauf an, der vorhandenen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken und Mittel für die Arbeitslosen bereitzustellen. Es ist wortvoller, die Erwerbslosen durch Ueberweisung von Arbeit zu unterstützen, als ihnen Arbeitslosenunterstützung zu gewähren (Sehr wahr!), denn die letztere hat zweifellos erhebliche Nachteile im Gefolge. Daher hat sich auch in den letzten Jahren die Staatsregierung fortgesetzt bemüht, die Arbeitslosenfrage vom Standpunkt der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu lösen. In Preußen ist mehr als jede vierte Notstandsarbeit eine Bodenverbesserung; bezüglich der letzteren steht Preußen weitaus an erster Stelle von allen deutschen Ländern. Dieses Verfahren erscheint auch im Interesse sparsamster Verwendung von Reichs- und Staatsmitteln geboten. Gegenwärtig sind Erhebungen im Gange, um methodisch nach dem Wohlstandsministerium aufgestellten Richtlinien die Arbeitsgelegenheiten zu erfassen; diese Erhebungen werden in den nächsten Tagen abgeschlossen sein. Gegenwärtig schweben Verhandlungen von Reich und Staat mit der Stadt Berlin mit dem Ziel, ihr größere Notstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Es muß alles gegeben, was geeignet ist, zweckmäßige Arbeitsgelegenheiten zu schaffen, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. — Reich, Staat und Gemeinden leiden heute gleichmäßig Not. Wir haben leider die Tatsache zu verzeichnen, daß

## die Einnahmen von Reich, Staat und Gemeinden

nur einen ganz geringen Bruchteil ihrer notwendigen Ausgaben decken. Durch die furchtbar fortschreitende Geldentwertung ist es dahin gekommen, daß eine große Anzahl von Steuern nicht einmal mehr die Veranlagungskosten decken. Mit den zur Abhilfe erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen kommen wir nicht so schnell vorwärts, wie es notwendig ist; wir hoffen daher, daß nach dem Reichstag der Reichsregierung die nachgeforderte Ermächtigung gegeben hat, auch auf diesem Gebiet Abhilfe geschaffen werden wird, in der Richtung, daß die Einnahmen der von Reich, Staat und Gemeinden erhobenen Steuern ganz automatisch mehr und mehr wertbeständig gestaltet werden. Nur dann sind Reich, Staat und Gemeinden in der Lage, die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Aber das allein genügt nicht. Wir haben auch in Preußen weiterhin die dem Staate noch verblichenen Steuerquellen bis zum Letzten auszuschnüpfen. Den Ländern und Gemeinden werden ferner, damit sie die ihnen obliegenden kolossalen finanziellen Lasten tragen können, neue Steuerquellen eröffnet werden müssen, um besonders in den Gemeinden die Verantwortlichkeit wieder zu wecken und zu stärken. Ueber das eine aber müssen wir uns klar sein: Alle Maßnahmen auf finanzpolitischem Gebiete werden solange wirkungslos bleiben, als die Anarchie und Unsicherheit aus unserem Wirtschaftsleben nicht geschwunden ist, als wir für die Wertbestimmung keine beständige Basis haben. Wir brauchen also einen festen Wertmesser. Solange der Versailler Vertrag und seine strangulierende Handhabung auf uns lasten, muß unsere Wirtschaft so gestärkt werden, daß sie das zur Stärkung der Währung unerlässliche Vertrauen aus-

Konzernen. Der Erfolg werde besser sichergestellt, wenn man den Betrieb selbst verwalte. Er habe gesagt: Wenn die Franzosen und Belgier allein ins Ruhrgebiet einmarschieren, so brauche man ein Jahr, um zum Ziele zu kommen. Er habe mitgeteilt, in neun Monaten habe man Erfolg gehabt! Ueber die rheinische separatistische Bewegung befragt, erklärte Tirard, er wolle hierauf öffentlich nicht antworten. Der Berichterstatter könne also nicht mitteilen, was er ihm über diese Frage anvertraut habe.

## Ruhrbergbau und Arbeitszeit.

Am Mittwoch finden im Arbeitsministerium die Besprechungen zwischen dem Arbeitsminister Dr. Braun und den Vertretern des Bergbauischen Vereins über die Vorgänge der letzten Tage im Ruhrgebiet statt. Am Donnerstag soll in Gegenwart von Gewerkschaftsvertretern über die gleiche Angelegenheit verhandelt werden.

Auf den Zechen im Ruhrgebiet ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, jedoch wird über die tarifliche Arbeitszeit hinaus nicht gearbeitet. Der gewaltsame Vorstoß gegen die bisherige Arbeitszeit hat böses Blut gemacht. Es sah der wirtschaftspolitische Ausschuss des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände den einstimmigen Beschluß, an den Vorstand des Ringes das dringende Ersuchen zu richten, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszuschcheiden.

In der Eisen- und Metallindustrie schreiten die Unternehmer infolge Ueberfüllung der Lager und Einschränkung der Ruhrhilfe zu starken Verkürzungen der Arbeitszeit. Es wird beabsichtigt, die Kurzarbeit auch auf die Angestellten auszudehnen.

Wf. Es ist keine Zeit, keine Stunde zu verlieren. Preußen hat deshalb der Vorlage der Reichsregierung, durch die Einrichtung einer Währungsbank dem deutschen Reich und der deutschen Wirtschaft eine feste Währung zu geben, zugestimmt.

Im Reichstage ist gestern von deutschnationaler Seite ein sehr verhängnisvolles Wort ausgesprochen worden. Graf Westarp sagte: Das Volk hungert, das Volk schreit. Leider ist dem so. Wir müssen uns deshalb fragen: Muß das sein? Ich gebe gern zu, daß es für den Landwirt mitleidig ist, gegen das jetzt so schnell sich entwertende Papiergeld seine Produkte herzugeben. Aber der Landwirt muß sich gewärtig halten, daß die Beamten und Angestellten einen Anspruch haben, für ihr Papiergeld das zum Lebensunterhalt Nötige kaufen zu können.

Daß ein großes intelligentes und selbstbewußtes Volk bei vollen Scheunen verhungert, ist nicht zu ertragen.

(Großer Lärm b. d. Kommunisten. Zuruf: Sagen Sie das dem Abg. Westarp!) Es liegt die große Gefahr vor, daß hungernde Volksteile sich eben das durch Selbsthilfe verschaffen, was sie zur Stillung ihres Hungers brauchen. Würde das in größerem Umfange eintreten, so bedeutete das die volle Anarchie. Darum müssen die Lebensmittel dem Volk in ausreichender Weise zugeführt werden. Bei unserem jetzigen Währungsstand wird die ganze Preisgestaltung unübersichtlich und unkontrollierbar. Die Bekämpfung des Wuchers wird außerordentlich erschwert. Wenn wir übermäßigen Preistreiberien nachgehen, so stoßen wir auf zwei sehr wichtige Produkte: Kohle und Eisen. Bei diesen befindet sich der Ausgangspunkt für die Preistreiberien auf allen anderen Gebieten. Es wird notwendig sein, der Preisgestaltung dieser Produkte nachzugehen. Wenn jeder versucht, seine Interessen rücksichtslos durchzusetzen, so ist eine Besserung unmöglich. Nur durch Zusammenfassung und Einsetzung aller aufbauenden Kräfte wird das deutsche Volk und seine Wirtschaft wieder gedeihen. Niemals hat Reichstum und bitterste Armut so nahe beieinander gewohnt wie jetzt bei uns. (Lärm b. d. Kommunisten. Zuruf: Das ist ja eine Kapuzinerpredigt!) Bewaffnete Haufen treiben sich im Lande umher und begehen Gewalttaten. Und das alles vor den Augen eines unarmherzigen Gegners! Nicht mit einseitigen Dekreten, nicht mit Forderungen und Befehlen allein können wir Besserung erreichen. Kämpfe um Weltanschauung und Staatsform müssen jetzt zurückgestellt werden.

Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein des deutschen Reiches.

Der Ministerpräsident wendet sich gegen die Bestrebungen gewisser Kreise, den Abfall vom Reich zu fördern und Preußen aufzuteilen. Diese Angriffe sind abgewiesen worden. Vorgänge, wie in Rürin, wo nationalistische Kreise sich mit Waffengewalt gegen die Staatsautorität auflehnten, sind nur geeignet, den Plänen unserer Gegner Vorstoß zu leisten. (Zuruf links: Wer hat diese Sorte denn großgepöppelt?) Niemals war die Einheit und Geschlossenheit aller Landsmannschaften unseres Vaterlandes notwendiger denn jetzt. Ich hoffe daher, daß auch die hannoverschen Volksgenossen sich dieser Erkenntnis nicht verschließen und gewissen Abtrennungsbestrebungen eine entschlossene Abweisung zuteil werden lassen. Der Ministerpräsident verweist dann auf

## die Vorgänge in Düsseldorf.

wo sich Hochverrat auf offener Straße unter französischem Bestand und Schutz breitgemacht habe. Er geißelt scharf die verlogenen Berichte der Franzosen über die tatsächlichen Vorgänge und die Ausführungen Poincarés in seiner letzten Sonntagsrede. (Dauernde lärmende Unterbrechung der Kommunisten. Zuruf: Der hat von Ihnen gelernt! Der Landtag hat geschwiegen dazu, weil er zu feige war!) Der Minister verliest den amtlichen Bericht über die Vorgänge in Düsseldorf, aus dem die Schuld der Sonderbündler und der sie unterstützenden Franzosen zweifelsfrei hervorgeht. Der Schuppelzei spricht der Ministerpräsident dabei unter lebhaftem Beifall des Hauses den Dank der Staatsregierung für ihr pflichttreues Verhalten aus. Wenn der französische Ministerpräsident demgegenüber die Welt glauben machen will, es habe sich lediglich um eine friedliche Veranstaltung unbewaffneter Massen gehandelt, so ist das eine gräßliche Entstellung der Tatsachen. (Abg. Hoffmann (Komm.): Er schwindelt genau so wie Ibel — Präsident Seiner ruft den Zwischensrufer zur Ordnung.)

Wir durchleben jetzt wieder schwere Zeiten. Noch schwerere werden uns die kommenden Wochen bringen.

Der Reichspräsident sah sich gezwungen, in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung und der Preussischen Staatsregierung den Ausnahmezustand zu verhängen. (Stürmische Hurufe b. d. Kommunisten.) Dadurch ist es gelungen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, was Ihnen (zu den Kommunisten), so unangenehm ist. (Erneuter großer Lärm b. d. Kommunisten.) Auch noch Aufhebung des Ausnahmezustandes wird die Reichs- und die Staatsregierung alle Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einsetzen, ob sie kommen von links oder von rechts. (Lebhafter Beifall.) Wir sollten uns stets vor Augen halten: Wenn zu der furchtbaren inneren Not und der dauernden äußeren Bedrängung noch innere Selbstverleugung kommt, dann müssen wir alle Hoffnung auf Besserung und Rettung aufgeben. Um die Einheit und Geschlossenheit Preußens und des Reiches aufrechtzuerhalten, müssen wir alle zusammenstehen und die Gegenjähre nicht weiter verschärfen. Nur so kann es gelingen, Land und Volk durch die furchtbare Not dieser Zeit hindurchzubringen. (Lebhafter Beifall b. d. Mehrheit. Lärm b. d. Kommunisten. Zuruf: Bantratteur!)

(Schluß in der Beilage.)

## Die Not der Kriegrentner.

Die schnell fortschreitende Geldentwertung hat Veranlassung gegeben, in der Mitte des Monats einen zweiten aus der Erhöhung der Leuerungszulage sich ergebenden Rentenbetrag an die Kriegrentner zur Auszahlung zu bringen. Im Gegensatz zu den Zahlungen, die am 1. jeden Monats durch die Post in bar erfolgen, ist die zweite Zahlung bisher auf dem Postwechselwege vorgekommen worden. Dieses Verfahren hat zu den stärksten Verzögerungen und Schädigungen der Rentenempfänger geführt. Heute noch warten Rentenempfänger auf Nachzahlungen aus dem Monat August. Dem Reichsbund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen war von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums im Auftrage des Reichszanklers am 28. September zugesagt worden, daß auch die Zahlung zu Mitte eines Monats unter Ausschaltung des Postwechselverkehrs geleistet werden soll. Wider Erwarten macht jedoch das Reichspostministerium jetzt so große Schwierigkeiten, daß die zu Mitte dieses Monats fällige Zahlung wieder auf dem Wege über den Postwechselverkehr geleistet werden soll. Hier muß schnellstens eine Änderung eintreten.

Das Ehepaar von dem Busche-Lohe, das bekanntlich unter dem Verdacht steht, fluchtlicher Erbschaft zu sein, ist aus der Haft entlassen worden. Für die übrigen in dieser Angelegenheit noch Inhaftierten, von Stubitz, Anders und Falso b. Prince, ist Haftbeschwerde eingereicht worden.

Truch Bitterbund! In Kattowitz wurde ohne vorherige Anfründigung die städtische deutsche Anabermittelschule geschlossen. Dadurch sind wiederum 1000 Kinder unterrichtslos gemacht.



# Die Wohnung ein Spekulationsobjekt.

Das neue Wohnungsmangelgesetz des Reichs, das am 1. September d. Js. in Kraft getreten ist, enthält im § 8 eine Bestimmung über den Wohnungstausch, von der gesagt wird, daß damit der Wohnungstausch völlig freigegeben sei. In der Tat hat der Vorstand des Reichsausschusses für die Durchberatung dieser Bestimmung die Entscheidung angenommen, der Tausch von selbständigen Wohnungen solle, wenn nur die in Frage kommenden Vermieter einverstanden sind, freigegeben und dem Wohnungsamt lediglich eine Anzeige von dem vollzogenen Tausch erstattet werden.

## Ein unklares Reichsgesetz.

Die letzte Fassung des Reichsgesetzes läßt an Deutlichkeit so sehr zu wünschen übrig, daß man nicht weiß, ob das Parlament im Sinne der genannten Entscheidung hat handeln oder davon abweisen wollen. Bei einer Mehrdeutigkeit der gesetzlichen Fassung muß der vernünftige Wille des Gesetzgebers entscheiden. Zum wenigsten undeutlich ist die Erklärung deshalb, weil der Wille, den Wohnungstausch freizugeben, sehr einfach dahin zu erklären war, daß tauschlustigen Personen, sofern sie die Zustimmung der Vermieter (bzw. des diese Zustimmung ersehenden Miteinigungsamts) nachweisen, das Wohnungsamt die Genehmigung zu erteilen hat. Diesen einfachen und klaren Satz hat aber der Gesetzgeber nicht ausgesprochen, vielmehr seinen Willen dahin formuliert, daß Tauschlustige um die Genehmigung beim Wohnungsamt einkommen müssen und ihrem Antrage auf Genehmigung die Zustimmungen der Vermieter beifügen müssen, sowie daß das Wohnungsamt, wenn die Voraussetzungen für die Genehmigung gegeben sind, diese binnen 14 Tagen erteilen muß. Auch der Satz wird erkennen, daß solche Formulierung nicht gerade für die Freigabe des Wohnungstausches spricht. Auf jeden Fall ist die angewandte Sprachweise so unvollkommen, daß Zweifel entstehen müssen. Diese werden noch dadurch bestärkt, daß der Schlusssatz der Bestimmung besagt, die Vorschriften über die zulässige Belegung und Benutzung von Wohnungen sollen ihre Gültigkeit behalten.

## Tauschen ein Geschäft!

Wenn an einer geordneten Fortführung der öffentlichen Wohnungswirtschaft liegt, der kann dem Gesetzgeber als vernünftigen Willen unmöglich unterstellen, er habe den Wohnungstausch freigegeben, d. h. die Wohnungämter veranlassen wollen, künftighin bei Prüfung der Anträge auf Genehmigung von Wohnungstauschgeschäften die wohnungswirtschaftliche Seite völlig außer acht zu lassen. Denn was geschieht, wenn der Wohnungstausch aufhört, wohnungswirtschaftlich geprüft zu werden? Dann ist es fast gleichgültig, wie und insbesondere wie groß die Wohnungen beschaffen sind, die Wohnungsuchenden vom Wohnungsamt zugewiesen werden. Genug, daß der Wohnungsuchende überhaupt eine Wohnung, und wäre sie der dürrste Raum, in rechtmäßigen Besitz bekommt — er kann sich sofort nach Inbesitznahme der Wohnung, ja schon lange vor diesem Zeitpunkt, einen Tauschpartner suchen, der größer und gefälliger wohnt und bereit ist, sich gegen die genügende Menge Geldes seine Wohnung im Tauschwege abzulassen zu lassen. Wer genügend Geld hat, bezieht erst gar nicht die ihm zugewiesene Wohnung. Das junge Ehepaar, das zwei Jahre in der großen elterlichen Wohnung mitgewohnt hat und nun eine Einzimmerwohnung zugewiesen bekommt, bezieht sofort eine Dreizimmerwohnung, deren Kauf gegen Eintausch der verfallenen amtslichen Wohnung der Brautvater künftighin seinem Schwiegersohn schon bei der Verlobung in Aussicht stellen wird. In der Zeit größten wirtschaftlichen Glanzes werden sich genug Personen und leider auch Familienväter finden, die bereit sind, kapitalkräftigen Personen ihrer größeren Wohnraum, mag er auch für die eigene Familie nur gerade hinreichen, im Tauschwege zur Verfügung zu stellen, und die so ihre und einer ganzen Familie Wohnungsmöglichkeit blosieren, um zu einem das verfallenen Papiermarkgewinn zu gelangen. Die Verfechter des freien Wohnungstausches führen zwar an, daß dem Wohnungsamt überlassen bleibe, nach vollzogenem Tausch solchen Raum in Beschlag zu nehmen, der sich als übergrößer, nämlich als im Verhältnis zur Personenzahl nicht genügend ausgenutzt herausstelle. Jedes ist mit einer derartigen Rationalisierung nur in den seltensten Fällen etwas anzufangen, wo durch Verteilung eine neue selbständige Wohnung erstellt werden kann; im übrigen würde ein derartiges Vorgehen bedeuten, daß einer der Tauschpartner durch die vorläufige Genehmigung des

Wohnungsamts über die öffentliche Berechtigung des Tausches getäuscht wird, während als Bedenken dann immer noch übrig bleibt, daß der andere Partner eine für die Volkswirtschaft so bedeutende Ware wie die Wohnung zum Gegenstande der Spekulation gemacht hat. Uebrigens müßten besondere Anstalten getroffen werden, um der Gefahr zu begegnen, daß Personen, die in eine kleinere und für sie unzulängliche Wohnung hineingetauscht haben, hernach neuen größeren Wohnraum beim Wohnungsamt beanspruchen, wobei sie wohlweislich unterlassen werden, auf die Herkunft ihrer jetzigen Raumnote hinzuweisen. Wie sollte ferner verfahren werden, wenn sich Familien um eine größere Wohnung bewerben, die ohne alles Verschulden in ihrer bisherigen Wohnung völlig unzulänglich untergebracht sind? Soll das Wohnungsamt sie auf den Weg des doch freigegebenen Tausches verweisen? Und wie werden sie sich, wenn sie diesen Weg beschreiten, gegen Auswucherung schützen können? Diese Betrachtungen dürften zur Genüge beweisen, daß eine Freigabe des Wohnungstausches, solange unser Wohnungselend fort dauert, ganz unendlich ist. Es ist unerträglich zu denken, daß der besitzende Junggeselle unter den Augen des Wohnungsamts aus seiner Einzimmerwohnung in die Dreizimmerwohnung einer achtköpfigen Familie hineinzucken kann. So wie er diese Räume mit lockerer Hand aufkauft, so wird er, wenn ihm das Wohnungsamt hernach mit Zwangseinquartierung kommen sollte, auch diesen Zwang abwenden können, oder er sucht sich, was ihm gefällig ist, jemand aus, der ihm als Mitbewohner gefällig ist.

## Ein Appell an den Magistrat.

Der Magistrat Berlin wird sich in aller nächster Zeit mit der Neufassung des Groß-Berliner Wohnungsnachtrags befassen, um dies mit den Bestimmungen des neuen Reichsgesetzes in Einklang zu bringen. Dann heißt es, auf der Hut zu sein. Um so mehr als sich, was schwer verständlich und außerordentlich betrüblich ist, die zentralen Wohnungsinstitutionen in Berlin auf den formaljuristischen, aber auch insoweit, wie dargelegt, äußerst bedenklichen Standpunkt gestellt haben, daß man um die Freigabe des Wohnungstausches nicht mehr herumkomme. Wenn nicht anders, muß dem Magistrat diejenige Bestimmung (§ 6) des Wohnungsmangelgesetzes die nötige Handhabe bieten, die besagt, daß die einzelne Gemeindebehörde, wenn der Wohnungsmangel besonders stark ist, sich von der obersten Landesbehörde — und das ist für Preußen der Volkswohlfahrtsminister — zu Maßnahmen ermächtigen lassen kann, die über den Rahmen der Grundbefugnisse des Wohnungsamts nach dem Reichsgesetz hinausgehen.

Bei der Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß, wer sich durch Untervermietung eine Einnahme verschaffen will, auch nach dem neuen Mieterschutzgesetz, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist, die an sich stets erforderliche Erlaubnis des Vermieters durch das Miteinigungsamt erst bekommen kann (§ 29) und erreicht bekommen muß, wenn nicht der Vermieter einen wichtigen Grund gegen die Vermietung an sich oder die Art des Mieters anführen kann. Wichtig und neu ist, daß wer ohne Erlaubnis untervermietet, schwerste Gefahr läuft, seine Wohnung zu verlieren. Denn nach § 2 des Mieterschutzgesetzes genügt die Tatsache unerlaubter Untervermietung trotz Abmahnung zur Begründung der Aufhebung der Wohnung. Der Mieter kann sofortiger Wirkung antragen (§ 5 Abs. 2). Da, es liegt im freien Ermessen des Gerichts, ob es in solchem Falle die Exzession des Mieters davon abhängig macht, ob ein ausreichender Ersatzraum gesichert ist (§ 6 Abs. 2). Ueber den neuen Mieterschutz, der darin liegt, daß das Mietverhältnis ebenso wie das Eheverhältnis nur noch durch Klage aufgekündigt werden kann, soll ein weiteres demnächst gesagt werden.

Ein Telefongespräch 10 Millionen. Die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wird vom 12. Okt. an die Telegraphen- und Fernspreckgebühren erneut erhöhen. Gewöhnliche Telegramme des Fernverkehrs werden 10 Millionen Grund- und 8 Millionen Wirtgebühren kosten, Ortsgespräche 10 Millionen. Die anderen Gebührensätze erhöhen sich entsprechend.

## Platz für die Villen.

In den westlichen Vororten, die seit jeher die Heimat pompöser Villen waren, ist die Bautätigkeit wieder in vollem Gange. Villa reiht sich auf lange Feldern, wo so lange Ruhe, Aufsaiten und Erholung war, an Villa, und immer noch fahren große, schwere Wagen mit Ziegeln — Milliardenwerte — über Pflaster und Asphalt der Vorortstraßen und hinterlassen breite und tiefe Rinnen. Die Felder aber, auf die die Villen für die Reichen gesetzt werden, waren nicht wüst und leer. In langen Jahren sind sie landwirtschaftlich bebaut worden, der harte und sandige Boden hat mit der Zeit Kultur bekommen und ist ertragreich geworden. Der Arbeiter, der Handwerker und kleine Beamte, der hier Kartoffeln und Kohl, Gemüse und Blumen zog, konnte sich auf diese Weise einen hübschen Nebenverdienst zum kärglichen und kläglichen Einkommen verschaffen.

Und nun müssen sie alle herunter, diese Kleinbauern, von ihrer Pachtung, Platz muß für die Villen geschaffen werden, und die Herrschaften, die da bauen und bauen lassen, sind nicht sentimental und achten für ein Nichts den Stummer der Kolonisten, die sofort die Feldfrüchte im Stroh lassen müssen, damit Baugruben ausgehoben und Mauern errichtet werden können. Und immer wieder neue Siedler müssen den Villenbauten weichen. Unlängst fand am späten Nachmittag auf den Feldern eine Versammlung und Verhandlung mit den Kolonisten statt. Der Bauherr betonte prägnant: „Wir müssen wieder Villen bauen, damit wir hoch und weiter kommen!“ Das alte Argument, das besänftigen soll und das auch diesmal nicht fehlt: „Die Arbeiter müssen beschäftigt werden!“, lockt keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor, weil man ja weiß, daß nicht nur Villenbauten Arbeitsgelegenheit den Arbeitslosen zu verschaffen. Die Siedler protestieren gegen den Bau, weil man ihnen nicht mal so viel Zeit lassen will, um die Kartoffeln und das letzte Gemüse zu ernten. Ihre Proteste sind freilich papiern und ohne Bedeutung, denn bei der Pachtung haben sie sich seiner Zeit verpflichtet, wenn es verlangt wird, sofort die Scholle zu räumen. Aber sie versagen wenigstens, und der Bauherr ist „großzügig“. „Kommt ja gar nicht darauf an“, erklärt er breitpurig. „Sud! Ich gebe jedem fünf Zentner Kartoffeln, fünf Pfund Butter und eine Milliarde Mark!“ Da wird es still im Kreis der Siedler, sie nicken nur mit dem Kopf, Trauer im Herzen die Kontraste und über die Klust, die scheinbar nicht mehr überbrückt werden kann.

Warum die Episode hier erzählt wird? Weil sie so treffend unsere Zeit illustriert und die Gegensätze so ganz grell aufleuchten läßt. Die einen brauchen keine wertbeständige Währung, sie bauen sich doch Villen, und die anderen warten, bis es besser wird, warten,

## Auch ein Trost.

### Schonende Durchführung der Tarifierhöhungen.

Der starke Andrang der stets in den letzten Tagen vor einer Tarifierhöhung an den Fahrkartenausgaben und in den Reisebüros einsetzt und die Ausgabestellen stöckweise ungewohnt belastet, führte zu der Anregung, die Gültigkeitsdauer der gewöhnlichen Fahrkarten zu beschränken; in der Übergangszeit zu neuen Tarifierhöhungen sollte die Reise am Lösungstage der Fahrkarten oder wenigstens am letzten Tage vor der Tarifierhöhung angetreten werden. Reichsverkehrsminister Defer hat die Anregung ermoogen, aber von einer Einschränkung der tarifmäßigen Gültigkeit der Fahrkarten abgesehen, weil eine solche Änderung eine wesentliche und erfolgreiche Entlastung der Ausgabestellen nicht verpricht und es auch den Reisenden gegenüber eine Härte bedeuten würde, den ganzen Andrang auf einen einzigen Tag zusammenzubringen; die von der Rot der Geldentwertung diktierten Tarifierhöhungen belassen ohnehin das reisende Publikum schwer, und der Reichsverkehrsminister ist bestrebt, sie wenigstens so schonend wie möglich durchzuführen. Außerdem würde — so heißt es in dem Erlaß des Reichsverkehrsministers —, wenn die Fahrt am Lösungstage der Fahrkarten oder am letzten Tage vor der Fahrpreiserhöhung angetreten werden müßte, der Andrang bei den Ausgabestellen, besonders in den Morgenstunden des letzten Geltungstages, kaum nachlassen, und mit einer vollkommenen Abstellung der Unzulänglichkeiten wäre auch bei dieser Regelung nicht zu rechnen; es liegt im Interesse der Reisenden wie auch der Reichsbahnverwaltung, den plötzlich einsetzenden starken Verkehr auf mehrere Tage zu verteilen; aus diesem Grunde werden bereits drei Tage vor dem Inkrafttreten einer Fahrpreiserhöhung Fahrkarten mit dem Stempel des letzten Tages ausgegeben, die dann noch drei Tage nach der Fahrpreiserhöhung ohne Nachzahlung gelten.

# Das Verbrechen der Elise Beidler.

13] Novelle von Hermann Kesser.

An einer vernünftigen und schlüpfrigen Stelle des erdigen Feldwegs kam nämlich Gertrud ins Straucheln und wäre zu Boden geklitten, wenn sie der Schauspieler nicht mit seinen Armen gehalten hätte. Dies war der Anlaß, daß er sich ihr als Stütze bot und daß Gertrud ermunternd meinte, sie dürfe es ruhig erlauben, es sehe ja niemand.

Es bedurfte nun nicht mehr viel, und also ging es zu, daß er schon auf der einsamen Höhe, wo das unendliche Nachland verhilft und vernebelt im Schatten verschwimmender Weiten wogte, betauernd nach ihren Händen griff: er beklagte sein liebloses Leben und rief nach ihrem spendenden Mitleid, und sie fanden sich darin, daß sie beide zum Darben verurteilt und ausgesperrt aus der Weltfreude seien, wo doch jedes von ihnen die Gabe zum Glück in sich trage. Und da immer, wenn eines einem anderen bekenn und belichtet, und selbst dann, wenn die Lüge daran ihren Teil hat, die leistungserregten Türen aufspringen, hinter denen die Heimlichkeiten des Herzens verwehrt sind, so sah der Schauspieler in des Mädchens entblößter Seele das Verlangen nach Liebe und legte nun Samitöne verklebter Hingebung ein und wurde gewahrt, wie Gertrud es nicht zu wehren vermochte, daß er deutlicher bat, und kniete vor ihr, bis sie ihn mit gütigen Händen und in einer stummen und zärtlichen Nührung aus seinem Fiehn erhob. Dann gingen sie weiter, Gertrud schweigend und ohne eine andere Antwort, als daß sie seinem Schritt gefügig war und sich seinem führenden Arm an schmiegte. So stiegen sie den waldigen Hang mit den alten Felsen und Bäumen hinab, sahen schon die Vertiefungen der Straße wie ein helles Band durch die Bäume heraufschimmern und von dem Dorf auf dem Hügelrand den Kirchturm schwarz und scharf am Himmel stehen.

Der Schauspieler hatte lange seine Ungeduld niedergehalten. Jetzt stürzte er nochmals, wie von dem Glück ihrer Gegenwart übermannt, in den Füßen des Mädchens und häufte die süßesten Schmehelworte vor ihr auf, zwang es ihr ab, daß sie den Kopf nicht schüttelte, sondern nur leuzend abwandte, als er sie fragte, ob er sie lieben dürfe, küßte ihre Hände und ihren Schleier, und wagte es auch, sie in ihrer Ohnmacht zu umfassen und seinen kalten Mund auf ihre

Wange zu pressen, wie einer, der nicht weiß, was er begeht und von der Leidenschaft so geschüttelt wird, daß er sich selber verliert. Und doch verrichtete er dies alles mit offenen Augen und wachsamem Sinnen und hätte noch ein weiteres getan, wäre nicht plötzlich ein dumpfes und rasches Klopfen, wie von eiligen und springenden Schritten, auf weichem Waldboden über den Hang gekommen, bei dem sich Gertrud wie aufgestört aus seinen Armen löste und dann einem entsetzten Tiere gleich totungültig davonstürzte, ohne sich umzusehen, auf die Straße hinab und den Fluß entlang, bis sie leudend und mit schwindenden Kräften vor der Türe des Hauses stand, die ihr Elise auf ihr heftiges Läuten hin eilig aufschloß.

Nur einen Bauernjungen mit einer Trage auf dem Rücken sah der Schauspieler, der vor den klopfenden Schritten in den Schatten der Bäume gestücht war und bald den fliegenden Schleier Gertruds aus dem Gesichte hatte, in munteren Sprüngen über den hängenden Waldweg bergablaufen. Und er ballte die Faust nach ihm, er hätte ihn werden mögen.

Noch in derselben Stunde erfuhr Gertrud, daß Heimlichkeiten das Lügen lehren. Denn sie fand sich schnell darin zu recht, der Alten, die über des Bruders vorzeitige Abreise nicht wenig erschrocken war und mit mühsigen Händen und in angstvoller Unruhe auf das Erscheinen Gertruds geharrt hatte, alles zu verschweigen, was den Schauspieler betraf. Als Erklärung für ihre brennenden Wangen und ihr spätes Kommen gab sie an, sie habe in der mond hellen Nacht den Weg vom Bahnhof nach Hause zu Fuße gemacht, sei dabei irgegangen und auch, weil sie kurz vor dem Hause in ihrem Rücken verfolgende Schritte gehört habe, aus Furcht in ein hastiges Laufen gekommen. Die bereitgestellte Mahlzeit schlug sie aus und begab sich, wie wenn das argwöhnische Bewundern Elises aus ihr herausfordern könnte, was sie verbergen wollte, schnell auf ihr Zimmer, müde von dem langen und lebhaften Tag.

Dort blieb sie, wiederum schlaflos wie in der vergangenen Nacht, wiederum willens, den Schauspieler nicht mehr zu sehen, und doch in einer entzückten Erwartung gefangen, bis die neue Sonne in einer breiten Bahn auf den Fuhboden fiel und der zwitschernde Vogellärm im Garten die Ruhe verbot. Und abermals jerrt ihr der Tag mit seiner gleißenden Helligkeit alle Nachtgespinste, und wieder erhob sie sich und warf alle Bangigkeit von sich ab. Ja, als sie sich frisch und blendend

und von keinem einzigen Zeichen der hihigen Nacht verengt im Spiegel erblickte, da flog sie die Neue an, daß sie in falscher Angst dem Manne entlaufen war, der unterwürdig und demütig vor ihrem Stolz gelegen hatte, und sie weigerte sich dem Gedanken nicht, sie hätte seiner verzweifellen Liebe ein tröstendes Wort sagen müssen.

So ging in blühender Grobmut und schmachtendem Sehnen auf, was eine kühle Ueberlegenheit gesät hatte, indes der Mann, der an ihr nur eine Mahlzeit seiner Lust zu halten gedachte, die Feder ansetzte und sich in falschen Worten für sein Tun Verzeihung erbat. Und da er jedweden Zug wie ein klagelnder Schachspieler bedachte, so fügte er erst am Ende des Briefes bei, er würde kein Mißgeschick leichter tragen, wenn sie ihm nur noch ein einziges Mal, vielleicht nach der Vorstellung des heutigen Abends ein Wiedersehen erlaube. Er werde, auch auf die Gefahr hin, daß er sie vergeblich erwarte, nach Schluß des Theaters an einer Querstraße sein. Den Brief aber, dem er ein Logenbillet beilegte, sandte er durch einen Theaterdiener nach Bergigensfeld.

Der machte sich, minder bescheiden als der Träger der Lotenkranze vom vergangenen Tag, an der Türe des Hauses durch starkes Pochen bemerkbar und gab, wie es ihm anbefohlen war, nicht eher nach, als bis er dem Fräulein von Sohr den Brief selber überreichen durfte, was Elise ebenso befreudete, wie Gertruds überhastete Art, mit der sie den Umschlag aufriß und mit jagenden und alles ringsum vergebend Augen im Stehen die Zeilen überflog. Von dem Inhalt freudig überrascht und doch wie mit einer siedenden Sturzwelle angeschüttet, wollte sie sich, kaum daß der Bote entlassen war, vor Elise zurückziehen. Aber ein rotes Theaterbillet, das auf die Erde geflattert war, von der Alten aufgehoben und Gertrud, noch ehe sie die nächste Tür hinter sich schließen konnte, mit einem fragenden Blick übergeben wurde, trug Sorge, daß sie inmitten ihrer Verwirrung und mit spröder Rehle den Namen des Schauspielers aussprechen mußte und auch genötigt war, von dem Theaterabend zu reden. Sie habe es gefehrt zu sagen vergessen, daß sie auf Ottos Wunsch und aus Höflichkeit gegen Herrn Behrens einer Vorstellung beiwohnen müsse.

Da aber blieb Elise wie vor die Stirn geschlagen vor ihr stehen und schaute ihr fest und starr in die fladernden Augen. Gertrud aber tat, als könne sie sich dieses ersten Erstaunen nicht deuten. (Fortsetzung folgt.)



# Das Ermächtigungsgesetz im Reichstag.

Eine Erklärung Sollmanns.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit dem Ermächtigungsgesetz. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung. Der Vortrags des Entwurfs ist beendigt.

Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen, soweit nicht durch Gesetz anders bestimmt wird, mit dem 1. Januar 1925 außer Kraft treten sollen. Ferner soll sich die Ermächtigung auch nicht auf die Erwerbslosen erstrecken.

Mit zur Beratung steht ein Antrag Schiffer (Dem.), der ein Gesetz fordert, durch das eine einzelne Persönlichkeit oder eine Mehrheit von Persönlichkeiten unter Erteilung besonderer Vollmachten beauftragt wird, binnen kürzester Frist Maßnahmen zu treffen zum Abbau der Justiz- und der Reichsverwaltung, zur Einbringung eines Entlastungsgesetzes, eines Beamtenabbaugesetzes, eines Arbeitszeitgesetzes usw. Ferner solle der Geschäftsgang des Reichstags vereinfacht werden. Auch mit den Ländern sollen ähnliche Maßnahmen vereinbart werden.

Abg. Dr. Hefflerich (Dnat.) beantragt, das Ermächtigungsgesetz an einen Ausschuss zu verweisen. Seine Fraktion würde sonst in der zweiten Lesung eine Anzahl Fragen an die Regierung stellen müssen. Die wahrheitsgemäß ebensolche Zeit in Anspruch nehmen wie die Ausschussberatung.

Weber den Antrag wird am Schluß der ersten Lesung entchieden werden.

Abg. Dr. Schiffer (Dem.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zum Ermächtigungsgesetz und hält eine Kommissionsberatung für mit den Absichten des Gesetzes unvereinbar. Die sozialdemokratischen Anträge fallen aus dem Rahmen der Vereinbarungen heraus. Die Demokraten haben grundsätzliche und praktische Bedenken gegen den § 2. Aber man kann die Verantwortung für eine Verschleppung nicht übernehmen. Unsere Währungsverhältnisse wirken genau so und noch schlimmer als eine Blockade, weil sie die Zustände im Innern unheilbar machen. Entschlüsse fassen und den Entschluß in die Tat umsetzen ist jetzt die Aufgabe. Die Herstellung oder Anbahnung einer werbeständigen Währung ist der Punkt, an dem alles hängt.

Die Wirtschaft ist zum Teil aufgebaut auf unsolider Grundlage, auf dem Sturz der Mark. Das auf dieser unsoliden Grundlage aufgebaut ist, muß verschwinden.

Die ungeheure Last unseres Behördenapparates muß von der Wirtschaft genommen werden. Auch im Reichstag muß reformiert werden. Sein jetziger Mechanismus entspricht weder dem Ansehen des Reichstages, noch einem Bedürfnis. Das zeigt die Teilnahmelosigkeit weiter Kreise. (Gebärdete Zustimmung bei den Demokraten, Abg. Ledebour erhebt Widerspruch.) Daß das jetzige Parlament zu stark belastet ist, ist klar.

Abg. Frölich (Komm.): Das Ermächtigungsgesetz bedeutet die Aufhebung des Parlamentarismus, den Tod der Demokratie und den Beginn der Diktatur. Die Verlängerung der Arbeitszeit vermehrt die Arbeitslosigkeit. Ein Drittel unserer Arbeiter besteht schon aus Erwerbslosen oder Kurzarbeitern. Das Ermächtigungsgesetz erlaubt die Aufhebung von Verfassungsbestimmungen ganz allgemein, es ist also nicht so harmlos, wie man es hinstellt, die ganze Verfassung könnte hinfällig werden. Die schamloseste Ausbeutung haben die Unternehmer durch den Ruhrkampf getrieben, und jetzt verlangen diese Spekulanten noch den Ersatz ihrer angeblichen Schäden durch das Reich. Unter ihren Forderungen steht auch die, daß sie mit den Besatzungsbehörden weiter verhandeln dürfen. Diese Herren regieren Deutschland, Herr Stinnes hat immer auf eigene Faust Politik gemacht und die deutsche Regierung festgelegt. Das Rheinland soll unabhängig von der deutschen Regierung gemacht werden. Die Sozialdemokratie ist verantwortlich für alles, was unter dem Ermächtigungsgesetz geschehen wird, denn ihre Unterschrift steht unter diesem Gesetz.

Abg. Müller-Franken (Soz.)

Ich gegen den demokratischen Antrag Bedenken, der über den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes hinausgeht. Die Sozialdemokratie sei bereit, das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, weil jetzt der letzte Versuch gemacht werden müsse, die rasch zum Abgrund gleitenden Verhältnisse zu meistern. Dazu gehören auch die Währungsreform, die allerdings nur Erfolg haben könne, wenn das Budget in Ordnung gebracht werde. Nur nationalökonomische Analphabiten könnten wie die Kommunisten bestreiten, daß durch ihre lächerlich erneuerten Forderungen auf Erhöhung der Reichsausgaben um Millionen die Mark nicht verschlechtert werde. Der Redner dankt Dr. Hilferding, weil er endlich im Haushaltsausschuss Klarheit über die Verhältnisse geschaffen hat. In der Frage des Achtstundentages sei für die Arbeiter die Rolle der Regierung Wirk vom 14. November das äußerste. Der Redner fragt, ob die Zeitungsnachrichten über die Verhandlungen deutscher Industrieller mit Franzosen über die Arbeitszeit richtig seien, und dabei von Degoutte die beschämende Antwort erhalten hätten, daß er sich in solche innerdeutschen Angelegenheiten nicht einmische. Der Redner wehrt sich weiter gegen die Vorwürfe, die Sozialdemokratie unterschreibe die Forderungen in dem Brief von Stinnes über die Abschaffung der Erwerbslosenfürsorge. Der ganze Reichstag wisse doch, daß Stinnes sich bemüht habe, die Sozialdemokratie aus der Regierung fernzuhalten.

Der Otto-Wolff-Vertrag mit Degoutte

sei der schwerste Eingriff in die Regelung der Reparationsfrage, die ausschließlich Sache der Regierung sei. Das Reichsjustizministerium werde prüfen müssen, ob nicht Landesverrat vorliege. (Gebärdete Zustimmung links.) Gerade auch wegen dieser Gefahren müsse die Regierung mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes schnell und energig durchgreifen können. Eine Sanierung der Verhältnisse werde nicht möglich sein ohne Eingriff in das Privateigentum, deshalb müsse man die Grundrechte in des Gesetz einbeziehen. Im übrigen solle doch der Abg. Frölich einiges Vertrauen zur Sozialdemokratie haben, die Kommunisten schreiben doch sonst jeden Tag an diese Reihe, sie sollte mit ihnen zusammen die Diktatur übernehmen. (Heiterkeit.) Aber die Sozialdemokratie könne ihre Politik nicht ändern, weil die kommunistische Partei viel zu schwach sei. Auf das Geschrei hier im Reichstag komme es nicht an.

Abg. Andre (Z.) zitiert eine Rede des deutschnationalen Abg. Graf-Thüringen, der sich für die Diktatur ausgesprochen habe, und erwartet eine Verheerung des deutschnationalen Fraktionsredners dazu. Das Ermächtigungsgesetz soll

die Diktatur des Großkapitals brechen.

gegen das Kartellwesen soll scharf vorgegangen werden. Zur Vermehrung der Produktion wird nicht lediglich die Verlängerung der Arbeitszeit dienen, vor allem müssen die Unkosten der Produktion verringert werden. Die Arbeiterorganisation muß ein Ende nehmen, in Staat wie in Privatwirtschaft. Es müssen wieder mehr Menschen der produktiven Arbeit zugeführt und der Verwaltung entzogen werden. (Zustimmung.) Das Steuerwesen muß reformiert werden, aber es darf nicht soweit gehen, daß es einfach Proletariat schafft. Die Sozialgesetzgebung ist in vielen Punkten veraltet, ihre Einrichtung erfordert viel Kosten, daß für die Rentner wenig übrig bleibt. Es ist mir zweifelhaft, ob in den letzten Monaten die Beiträge überhaupt zur Deckung der Verwaltungskosten ausgereicht haben. Eine Vereinfachung ist notwendig, um Personal zu sparen. Auch die Privatwirtschaft muß sich überlegen, wo sie sparen kann. Eine Menge von Epinienorganisationen leistet keine produktive Arbeit. Wir haben ein viel zu großes Netz von Organisationen, die Tag für Tag über Löhne zu verhandeln haben. Die Tarifverträge sollten mehr Bedeutung darauf legen, nur Mindestlöhne festzusetzen.

Mit der Erweiterung des Achtstundentages allein wird nichts erreicht, wenn daneben nicht durch richtige Löhne für Qualitätsarbeit jeder zu seinem Recht kommt. Kartelle und Großhandel bestimmen jetzt zwei Jahren die Preise, damit hat die Kaufkraft der Bevölkerung nicht gleichen Schritt halten können und daher wurde immer tiefer in die Substanz eingegriffen. Nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern mit ihr müssen die Fragen gelöst werden, um zur Gesundung unserer Verhältnisse zu kommen. Der Fleischkonsum unseres Volkes ist zurückgegangen, deshalb fragt es sich, ob unsere Arbeiter noch mehr Arbeit leisten können. Bei der Kurzarbeit können viele Arbeiter nicht mehr arbeiten; wenn sie aber zehn Stunden arbeiten dürfen, dann könnten sie so arbeiten, daß sie wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt werden. Je weniger produziert wird, desto teurer stellt sich der einzelne Artikel. Der Warenmangel ist die Ursache des Schieber- und Wucherertums. Aus der Kurzarbeit kommen wir nur heraus, wenn wir mehr produzieren. (Abg. Frau Fiegler (Soz.): zehn Stunden Wucherarbeit!) Die Sozialdemokraten haben dafür kein Verständnis. (Erregte Zwischenrufe von links, Auf: Ihr Dunkelmänner!) Es handelt sich nicht um politische, sondern um wirtschaftliche Fragen. (Sänger erregte Unterbrechungen der Sozialdemokraten.) Es ist populär, für den Achtstundentag im Volk zu plädieren, aber auf dem Wege der Kurzarbeit bleibt schließlich keine Arbeit mehr übrig. Die Arbeiterklasse muß einsehen, daß auch sie Opfer zu bringen hat. (Sturm links, Abg. Frau Fiegler: Komm nur nach Württemberg!) Wir kommen nicht zu einer anderen Preispolitik, wenn wir nicht unsere Warenproduktion verbessern. Die Regierung muß dahin wirken, daß die Kartellpolitik geändert wird. Mit den geeigneten Maßnahmen hoffen wir dahin zu kommen, daß unsere Wirtschaft uns wieder zum Segen gereicht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Hugo (Dipl.): Der Regierungsentwurf für die Währungsreform bedeutet für uns noch keine genügende Basis. Wir brauchen zunächst eine gewaltige Beschränkung der Reichsausgaben und dann neue Steuermaßnahmen, damit der Notendruck eingestakt werden kann. Zweite Voraussetzung ist die Steigerung der Produktion. Dem stehen die Demobilisierungsvorordnungen entgegen. Ferner ist unsere ganze bisherige Devisenpolitik falsch. Wir haben Mangel an Devisen. Man soll nicht durch fortgesetzte politische Eingriffe dafür sorgen, daß sie ins Ausland abfließen. Es ist ein Umling, einen Devisenkommissar einzusetzen, nur um die Cafés abzutippen und den Staat durch das geringe Resultat lächerlich zu machen. Der Kommissar hat bereits vierhundert Arbeitsträger. (Hört! hört! rechts.) Wenn überall die Goldrechnung eingeführt wird, kann man sie nicht dem Einzelhandel verbieten. Darum muß die Wucherordnung aufgehoben werden. Andererseits verlangen wir auch Energie der Regierung beim Einschreiten gegen die unnötige Preistreibererei. B. durch die Kartell- und Syndikatspolitik. Wir müssen ferner von Reichstaxiüberträgen zu Regionaltaxi übergehen. Das Steuersystem muß radikal vereinfacht werden durch Beseitigung der Steuerhäufung und Beschränkung auf möglichst wenig und möglichst hohe Steuerfälle. Branntweinmonopol, Tabak und zahlreiche andere Steuern können durch eine gestaffelte Warenumsatzsteuer ersetzt werden. Der Staat hat sich möglichst aus allen neuen wirtschaftlichen Unternehmungen herauszuhalten. Betriebszuschüsse dürfen von ihm überhaupt nicht gezahlt werden. Das Beamtenabbaugesetz muß beschleunigt, Vorlagen, die neue Ausgaben erfordern, müssen unbedingt zurückgezogen werden. Den Arbeitslosen muß man unbedingt eine Arbeitspflicht auferlegen. Geldunterstützung darf nur gegeben werden, wenn Arbeit nicht nachgewiesen werden kann. Wir bedauern, daß das Arbeitszeitproblem aus dem Ermächtigungsgesetz herausgelassen ist.

Abg. Wulle (Dipl.) macht darauf aufmerksam, daß Dr. Stresemann sich am 10. August mit aller Schärfe gegen den Gedanken der Diktatur gewandt habe. Er habe also ungelern. Auf die Frage meines Freundes v. Graefe nach dem Verträge zwischen Minister Wolff und dem Schieber Wajal ist keine Antwort gegeben worden. Gegenüber der Ablehnung durch Minister Sollmann verweise ich ausdrücklich auf eine Verfügung Coverings vom 14. August, worin es heißt: „Bei ausdrücklichem Verbot durch die Rheinlandkommission muß von der Durchführung von Gesetzen Abstand genommen werden.“ (Hört! hört! rechts.) Wie sieht es mit der russischen Waffenlieferung an die Berliner Kommunisten? Herr Petrow ist noch immer nicht abberufen.

Reichsminister des Innern Sollmann:

Ich habe dem, was ich gestern auf Grund einer Rücksprache mit dem preußischen Minister Serering hier gesagt habe, nichts weiter hinzuzufügen. Ich nehme an, daß die preussische Regierung, wenn sie es für notwendig hält, auf diese Frage eine entsprechende Antwort erteilen wird. Zur Frage der Waffenkäufe wird die Zeit kommen, in der sich die Regierung dazu öffentlich äußert. Diese Zeit zu bestimmen müssen Sie unserem Verantwortungsgesetz überlassen. Ich sage Herrn Wulle Aug in Auge folgendes: Ich lehne es ab, mich mit Ihnen über deutsche Ehre zu unterhalten, weil ich weiß, daß Sie meinem Ministerium ohne ein Wort des Widerspruches ein Telegramm übermitteln haben, in dem ein ganzer Landesteil drohte, sich unter die Hoheit eines fremden Staates zu stellen. (Bewegung.) Dieses Telegramm stammt von einer nordischen Insel. Den Antrag Schiffer, zu dem die Resorte bisher noch nicht Stellung nehmen konnten, bitte ich, der Regierung zu überweisen, die zu prüfen haben wird, welche der Anregungen, Wünsche und Gedanken des Antrages im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes zu verwirklichen sind. Ich bitte Sie, das Gesetz nicht an einen Ausschuss zu verweisen, und zwar wegen der großen Dringlichkeit, die uns zwingt, rasch zu handeln. Darin sind wir alle, ohne Unterschied der Partei, einer Meinung, daß in Deutschland sehr rasch gehandelt werden muß, wenn unser Volk unser Staatsleben, unsere Wirtschaft und Finanzen überhaupt noch auf den Weg der Gesundung gebracht werden sollen. Die Situation ist so, daß große außen- oder innenpolitische Ereignisse uns wiederum hindern können, den Weg zu beschreiten. Darum bitte ich Sie, sich ein Vorbild zu nehmen an der sachlichen und raschen Behandlung des Segementurfes im Reichsrat. Von einem Ende des deutschen Parlamentarismus kann keine Rede sein. Alle, die davon sprechen, verkennen durchaus die Kraft des parlamentarischen Gedankens und seine großen Zukunftsmöglichkeiten. Nur jemand, der in konservativen Gedanken befangen ist, aber scheinrevolutionäre Gedanken hegt, kann etwas anderes sagen. (Zuruf b. d. Komm.: Das sagt Sollmann!)

Die Reichsregierung selbst ist doch aus diesem Parlament hervorgegangen und unterliegt auch weiterhin der Kontrolle des Reichstags. Ein Diktator der Abgeordneten hat jederzeit das Recht und die Möglichkeit, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen, und jede Verordnung muß auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden.

Zudem erstreckt sich die Geltung des Gesetzes nur auf ein halbes Jahr. Darum kann von einer Diktatur im üblichen Sinne nicht die Rede sein. Reichstagsminister und Minister fühlen sich nicht als Diktatoren, sondern als Beauftragte des Staates. Diese Regierung ist so auch in sich eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte unseres Volkes. Die unvermeidlichen politischen Gegensätze, die aus den wirtschaftlichen Gegensätzen entspringen, finden im Rahmen dieser Regierung einen gewissen Ausgleich, und dieser wirkt sich in den Verordnungen aus. Die Reichsregierung wird sich gegen jeden Versuch einer illegalen Diktatur zur Wehr setzen. Wir kennen in Deutschland weder die Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsschicht, noch einer einzelnen Person. (Auf b. d. Komm.: Mit Ausnahme von Bayern!) Auch der wirtschaftlich Stärkste wird nicht das Recht für sich in Anspruch nehmen, eine Diktatur zu errichten. Die Reichs-

regierung wird sich weder die Führung noch die Verantwortung nehmen lassen. Ueber die Besprechungen zwischen deutschen Industriellen und dem General Degoutte habe ich im Austrage der Reichsregierung folgendes zu erklären:

Die Herren Stinnes, Böger und Käßner haben im Austrage des bergbaulichen Vereins und in Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen Verhandlungen mit General Degoutte aufgenommen. Ihre Absicht, vor ihrer Abreise zu diesen Verhandlungen mit dem Reichskanzler eine Besprechung aufzunehmen, kam nicht zur Ausführung, weil der Reichskanzler infolge der Regierungskrise und der damit in Zusammenhang stehenden ununterbrochenen Besprechungen die Herren nicht empfangen konnte, als sie in der Reichskanzlei erschienen. Nach ihrer Rückkehr von den Verhandlungen berichteten die Herren dem Reichskanzler unverzüglich das Ergebnis. Die heute in der Presse veröffentlichten zehn Fragen sind am Sonntag in Verbindung mit zahlreichen anderen Material übergeben worden und konnten bis zur Stunde weder von den beteiligten Ressorts noch weniger von dem gesamten Kabinett durchgearbeitet oder gar zur Unterlage von Entscheidungen gemacht werden. Die Reichsregierung konnte bisher zu den ausgeworfenen schwerwiegenden Fragen auch aus dem Grunde keine Stellung nehmen, weil die diplomatischen Vertreter des Reiches in Paris und in Brüssel Anweisungen erhalten haben, eine Meinungsäußerung der dortigen Regierungen über die mit der Arbeitsaufnahme am Rhein und an der Ruhr zusammenhängenden Fragen herbeizuführen, und die Berichte hierüber zunächst abzuwarten sind. Ich bitte das Haus, sich vorerst mit dieser Erklärung zu begnügen.

Abg. Hölllein (Komm.): Wie steht es mit dem Hochverrat?

Wer vertritt das Reich nach außen? Reichsinnenminister Sollmann: Herr Hölllein, die Frage zu untersuchen, was zu geschehen hat, dazu wird auch Ihr Material noch nicht ausreichen, es ist bedenklich, mit so schwerwiegenden Vorwürfen herzutreten, es man bessere Unterlagen hat. (Hört, hört! links.) Ein Redner erhob den Vorwurf, das Ermächtigungsgesetz habe die ganze Reichsverfassung auf. Das ist unbegründlich, wenn man den Segementurf aufmerksam gelesen hat. Die ersten 108 Artikel der Reichsverfassung berührt dieses Gesetz überhaupt nicht, und von den übrigen Artikeln kommen praktisch nur wenige in Betracht. Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die unvermeidlichen Verordnungen nach einseitigen Gesichtspunkten zu erlassen. Dann würden wir ja niemals das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen können. Wenn es so dargelegt wird, als sei es für die Regierung ein Vergnügen, mit diesem Gesetz zu regieren, so ist selten in der Geschichte Männern eine größere und schwerere Verantwortung aufgebürdet worden als durch dieses Gesetz. (Sehr wahr!) Wer ein Populärredner ist und irgend-einer Klasse nach dem Munde reden will, würde sich wahrhaftig nicht in eine Regierung drängen, die eine solche Aufgabe vor sich sieht. Alle Mitglieder der Reichsregierung sind sich darüber klar, daß sie ein hohes Maß von Unpopularität auf sich nehmen müssen, wenn sie den Segementurf einleiten wollen. Wir alle sind der Auffassung (Abg. Hölllein (Komm.): Nach fünf Jahren!) — fünf Jahre sagen Sie, aber oft in der Geschichte hat ein Zusammenbruch Monate, ja Jahre, Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte zur Beseitigung gebraucht —, die Reichsregierung ist einmütig der Auffassung, daß diese harte Maßnahme nur bei einem Volke Verständnis finden wird, wenn sie nicht einseitig getroffen wird. Oft wird gesagt, wir ständen am Abgrund und seien in Gefahr, in den Abgrund zu versinken. Wir haben den Willen, mit diesem Gesetz und der Macht, die Sie uns verliehen, den Weg über den Abgrund zu beschreiten. Geben Sie uns den Weg auf das rettende Ufer frei! (Beifall.)

Abg. Alpers (D.-hann.) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab, weil es keine Gewähr dafür bietet, daß keine einseitige Anwendung erfolgen würde.

Abg. Fehr (Bayr. B.-L.) teilt mit, daß seine Freunde der Vorlage nicht zustimmen können.

Abg. Ledebour (b. L. Fr.) lehnt ebenfalls das Ermächtigungsgesetz ab.

Abg. Wulle (Dipl.) vermahnt sich gegen die Vorwürfe des Ministers Sollmann. Bei dem Telegramm, das der Minister Sollmann erwähnt, das aus Borkum stammt, handelt es sich um eine der tollsten Blamagen der Reichsregierung und der preussischen Regierung. Der Redner verliest das Telegramm im Wortlaut. Geschäftsleute von der Insel Borkum klagen darin über kommunistischen Terror und eruchen die Regierung um Schutz. Falls dieser verweigert werde, müsse man

sich eventuell unter holländischen Schutz stellen.

(Hört, hört! links.) Meine Pflicht als Abgeordneter, so erklärt Redner, ist es gewesen, dieses Telegramm sofort an den Minister des Innern zu leiten. (Lärm und Zurufe links.) Nur wer von Partei-eidenhaft verblendet ist, hätte das nicht getan. (Großer anhaltender Lärm links.) Sie (nach links) hätten das also nicht getan? Wir werden uns später noch mit der Regierung darüber auseinandersetzen. Ich stelle fest, daß der Minister nichts getan hat, um dem Terror auf Borkum ein Ende zu machen. (Große Unruhe links.)

Minister des Innern Sollmann:

Ich freue mich, daß Herr Wulle durch die Verlesung des Telegramms genau das bestätigt hat, was ich gesagt habe. Aus diesem Telegramm geht hervor, daß gedroht wurde, die Insel Borkum werde sich unter den Schutz einer fremden Macht stellen, wenn die deutschen Behörden ihre Pflicht nicht so erfüllen würden, wie jene Herren es verlangen.

Abg. Wulle: Ich habe doch nicht damit gedroht. Minister des Innern Sollmann: Ich habe nicht gesagt, daß Herr Wulle damit gedroht hat, sondern daß er ein Telegramm, das mit Hochverrat drohte, ohne ein Wort des Widerspruches an den Herrn Reichsminister des Innern weitergeleitet hat. Auch heute hat Herr Wulle kein Wort des Widerspruches gefunden. (Großer Lärm links und Unhör!-Rufe.)

Bayerischer Gesandter v. Preger: Die bayerische Regierung vermag dem vorgeschlagenen Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen. (Beifall auf der äußersten Rechten.) Sie trägt Bedenken, in die Hände der Reichsregierung

in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung

so weitgehende Vollmachten zu legen, wie sie in diesem Entwurf enthalten sind, zumal sie sich nicht einmal auf dasjenige Gebiet erstrecken sollen, auf dem sie am notwendigsten wären. (Beifall rechts, großer Lärm links.)

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Scholz (Dt. Bp.) erklärt Abg. Bach (Komm.), seine Partei stimme dem Antrag Hefflerich zu.

Der Antrag auf Ausschussberatung wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschholländischen Partei und der Kommunisten abgelehnt.

Das Haus geht sofort zur

zweiten Beratung

über. Von den Kommunisten wird der Antrag eingebracht, die Reichsregierung aufzufordern, gegen die Industriellen Stinnes, Böger, Käßner, Otto Wolff usw. und gegen die beteiligten industriellen Organisationen Anklage wegen Hochverrats wegen ihrer Verständigungsversuche mit Frankreich beim Staatsgerichtshof zu erheben.

Abg. Hoch (Soz.) befürwortet den zu § 1 der Vorlage von seiner Partei gestellten Änderungsantrag. Die Erwerbs-

